Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Es informiert Sie:	Cornelia Brinkhoff
Telefon:	02104/99-1875
Fax:	02104/99-4853
E-Mail:	cornelia.brinkhoff@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 02.12.2016

Niederschrift

zur Sitzung des	Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz
Sitzungstermin	Montag, den 28.11.2016, 15:00 Uhr
Sitzungsort	Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz
Udo Switalski

Mitglieder
Dirk Brixius
Harald Degner
Detlef Ehlert
Gabriele Hruschka
Ingmar Janssen
Marc Kammann
Martina Köster-Flashar
Friedrich-Ernst Martin
Jürgen Merrath
Bernd Müller
Dr. Ophelia Nick
Maximilian Rech
Helmut Rohden
Prof. Dr. Franz-Viktor Salomon-vom Stein
Christine Trube
Peter Werner
Sebastian Wladarz

Verwaltung
Michael Beitelsmann
Mirko Braunheim
Lothar Breitsprecher

Cornelia Brinkhoff
Anja Büttner
Anika Erzner
Thomas Fritsch
Michael Gertler
Nils Hanheide
Brigitte Heinz
Ralf Hezel
Pascal Hinnenthal
Thomas Jarzombek
Martina König
Dr. Arne Köster
Christina Moser
Gerhard Rott
Bernd Schneeweiß
Stefan Senftleben
Dorothea Stangier
Sabine Wohlert

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1.	Formalien	
1.1.	Eröffnung der Sitzung	
1.2.	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung	
1.3.	Feststellung der Anwesenheit	
1.4.	Feststellung der Beschlussfähigkeit	
1.5.	Feststellung der Tagesordnung	
1.6.	Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag	
2.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.09.2016	
3.	Informationen der Verwaltung	
4.	Sachstandsbericht zur Kennzahlenentwicklung im Straßenverkehrsamt	36/003/2016
5.	Weiterer Einsatz einer semistationären Geschwindigkeitsmessanlage im Baustellenbereich der Bundesautobahn A 3	36/004/2016
6.	Neuorganisation der Leitenden Notarztgruppe	32/016/2016
7.	Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann	32/017/2016
8.	Haushalt 2017	20/041/2016

9. Teilfortschreibung des geltenden Rettungsdienstbedarfsplans im Hinblick auf die Notfallsanitäterausbildung 32/018/2016

10. Energieberatung - Anpassung der Vertragslaufzeit für die Beratungsstellen der Verbraucherzentrale NRW 39/004/2016

11. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

12. Informationen der Verwaltung

13. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende, Herr KA Switalski, eröffnet die Sitzung um 15:01 Uhr und stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen worden sind. Anschließend stellt er die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Als Berichterstatter im Kreistag für die Tagesordnungspunkte 7, 9 und 10 wird Herr KA Kammann ernannt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.09.2016

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 12.09.2016 einstimmig.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Herr Hanheide informiert, dass der Erreger der Geflügelinfluenza H5N8 im Kreis Mettmann bisher noch in keinem Fall nachgewiesen wurde. Als Vorsichtsmaßnahme wurde jedoch in Velbert die Aufstallpflicht von Geflügel durch eine Allgemeinverfügung angeordnet. Betroffen sind ca. 100 Geflügelhalter mit insgesamt ca. 65.000 Tieren.

Zu Punkt 4: Sachstandsbericht zur Kennzahlenentwicklung im Straßenverkehrsamt
- Vorlage Nr. 36/003/2016

Herr Schneeweiß erläutert die Vorlage zur Kennzahlenentwicklung im Straßenverkehrsamt. Die vier Produkte des Straßenverkehrsamtes gehörten 2015 zu den ersten Produkten, für die im Haushaltsplan Kennzahlen entwickelt wurden. Ab dem kommenden Jahr werden die beiden bisherigen Produkte „Zulassung von Fahrzeugen“ und „Überwachung der Halterpflichten“ zu dem neuen Produkt „Zulassungsangelegenheiten“ zusammengefasst. Die bisherigen

Kennzahlen bleiben dabei erhalten. Dies diene der Vereinfachung und besseren Vergleichbarkeit, da dann jede der drei Abteilungen des Straßenverkehrsamtes ein Produkt bewirtschaften wird.
Herr Schneeweiß betont, dass die Kennzahlen Aufschluss über wesentliche Sachverhalte und Aufgabenstellungen geben und das Straßenverkehrsamt durch diese Kennzahlen transparent und messbar werde.
Auch im kommenden Jahr werden mit über 100.000 Kunden mehr Personen als in jedem anderen Amt der Kreisverwaltung das Straßenverkehrsamt besuchen. Ziel sei es dabei, sowohl Kunden mit als auch ohne Termin akzeptable Wartezeiten anzubieten. Zur weiteren Vereinfachung des Zulassungsverfahren soll es Kunden, die in den Kreis Mettmann ziehen und ihr altes Kennzeichen einer anderen Zulassungsbehörde behalten wollen, ab Mitte Dezember möglich sein, ihr Fahrzeug über ein neues Angebot online umzumelden.
Bezüglich des Produktes „Verkehrssicherheit“ erläutert Herr Schneeweiß, dass aus dem Bereich der stationären Geschwindigkeitsmessanlagen, einschließlich der Anlage auf der Bundesautobahn A 3, in diesem Jahr rund 94.000 verwertbare Bilder erwartet werden. Aufgrund der schwächeren Auftragslage der Schwertransportunternehmen seien rückläufige Antragszahlen im Bereich der Großraum- und Schwertransporte zu verzeichnen, weshalb zum ersten Mal seit vielen Jahren das Ziel nicht erreicht werden konnte. Zudem hätten auch personelle Probleme bestanden.
In dem Produkt „Fahr- und Beförderungserlaubnisse“ sei eine sehr hohe Kundenzahl von 19.900 zu verzeichnen, da das KSC Velbert in diesem Jahr sehr lange geschlossen war und die dortigen Kunden zusätzlich nach Mettmann kamen. Folge des erhöhten Kundenaufkommens in Mettmann sei aber auch, dass die Ziele bezüglich der Wartezeit nicht erreicht werden konnten. Aufgrund von technischen Problemen habe das neue Web-Modul, über das die Fahrschulen die Führerscheinanträge eingeben können, nicht in diesem Jahr starten können. Der Start solle nun Anfang 2017 erfolgen.
Ein Anstieg der Fallzahlen sei bei den Fahreignungsüberprüfungen zu verzeichnen. Den größten Anteil habe dabei nach wie vor der Bereich Drogen und Betäubungsmittel. Da in vielen Fällen Unkenntnis über die Konsequenzen des Cannabiskonsums im Zusammenhang mit dem Führerschein festgestellt wurde, sollen die jungen Führerscheininhaber verstärkt sensibilisiert werden. Dazu sei ein Flyer in Form einer Führerscheinnachbildung mit Flip-Effekt erstellt worden. Bei den altersbedingten Überprüfungen konnte ein Rückgang festgestellt werden.
In dem Produkt „Zulassung von Fahrzeugen“ konnte das Ziel, den Anteil der Terminkunden auf 80% zu erhöhen, überschritten werden. Auf diese Weise können die Kundenströme besser gesteuert werden, was zu einer gleichmäßigeren Auslastung der Mitarbeiter und zu kürzeren Wartezeiten der Kunden führe. Eine weitere Steigerung des Terminkundenanteils sei jedoch nicht gewünscht, damit auch zukünftig Spontankunden bedient werden können.
Zu dem Produkt „Überwachung der Halterpflichten“ führt Herr Schneeweiß aus, dass der Außendienst neu organisiert worden sei. Im Ergebnis sei die Zahl der Außendiensteinsätze erheblich gesteigert worden. Die Kennzahl „Steueranzeigen“ wurde auf 250 angepasst, da nach dem Übergang der Kraftfahrzeugsteuer von der Landes- in die Bundeszuständigkeit die Zahl der Amtshilfeersuchen wegen nicht gezahlter Kfz-Steuer im dritten Jahr in Folge eingebrochen sei und nun auf einem niedrigen Level stagniere.

Im Anschluss an die Ausführungen erkundigt sich Herr SB Brixius, ob die Anzahl der Fahrereignungsüberprüfungen der Zahl der überprüften Personen entspreche. Frau Heinz erläutert, dass teilweise auch Wiederholungstäter erfasst werden, da die entsprechende Information sowohl durch die Polizei als auch durch das Gericht erfolge.

Herr KA Degner fragt, ob es möglich sei, die Kennzahlen, insbesondere für die Wartezeit, sowohl für Mettmann als auch für Langenfeld darzustellen. Dies ist nach Aussage von Herrn Schneeweiß grundsätzlich möglich. Herr KA Switalski merkt an, dass sich der Aufwand für eine getrennte Darstellung nur bei extremen Unterschieden lohne. Daraufhin erläutert Herr Hanheide, dass gravierende Abweichungen in den Wartezeiten nur durch eine dauerhafte Personalunterdeckung entstünden. Dies sei derzeit jedoch nicht der Fall. Kurzfristige Personalnot werde durch einen Austausch des Personals zwischen Mettmann und Langenfeld behoben.

Herr KA Rhoden erkundigt sich, ob im Bereich der Großraum- und Schwertransporte trotz der personellen Probleme alle Anträge bearbeitet worden seien. Herr Schneeweiß bestätigt dies.

Der Vorsitzende bedankt sich im Namen des Ausschusses für die detaillierten und umfassenden Ausführungen.

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz nimmt den Sachstandsbericht über die Kennzahlenentwicklung des Straßenverkehrsamtes zur Kenntnis

Zu Punkt 5:	**Weiterer Einsatz einer semistationären Geschwindigkeitsmessanlage im Baustellenbereich der Bundesautobahn A 3 - Vorlage Nr. 36/004/2016**

Zur Erläuterung der Vorlage führt Herr Hanheide aus, dass sich die Notwendigkeit der Überwachungsmaßnahme schon durch die über 5.000 verhängten Fahrverbote seit Inbetriebnahme der versetzbaren stationären Geschwindigkeitsmessanlage im November 2015 zeige. Bisher sei man davon ausgegangen, dass der Einsatz der Anlage mit Abschluss der Baustellenarbeiten ende. Im Haushaltsansatz sei daher nur die Abarbeitung der noch offenen Fälle berücksichtigt worden.
Nun sei jedoch beabsichtigt, die Überwachung fortzusetzen, da ab Anfang 2017 südlich des Autobahnkreuzes Hilden eine Baumaßnahme in gleichem Umfang und gleicher Ausführung erfolgen soll. Aufgrund der vergleichbaren Situation könne davon ausgegangen werden, dass auch bei dieser Baumaßnahme eine vergleichbare Gefahrensituation entstehe. Daher habe der Kreis Mettmann die Möglichkeit, auch die Einhaltung der zugelassenen Höchstgeschwindigkeiten in dieser Baumaßnahme zu überwachen. Zwischenzeitlich komme die Anlage darüber hinaus in der bestehenden Baustelle im Autobahndreieck Ratingen-Ost zum Einsatz.

Herr KA Ehlert gibt zu bedenken, dass die Fallzahlen möglicherweise sinken, wenn der Standort der semistationären Geschwindigkeitsmessanlage selten gewechselt werde. Herr Hanheide teilt mit, dass die Fallzahlen durch den festen Standort der Geschwindigkeitsmessanlage in den letzten Monaten nicht zurück gegangen seien. Insbesondere aufgrund des hohen Durchgangsverkehrs auf der Bundesautobahn A 3 bestand keine Notwendigkeit, die Geschwindigkeitsmessanlage zu versetzen. Auch sei der Aufwand der Versetzung sehr groß, da während der Versetzung die Verkehrssicherung gewährleistet werden und die Anlage selber so stehen müsse, dass sie zum einen vor Vandalismus geschützt ist und zum anderen nicht selbst den Verkehr gefährdet.

Auf die Frage von Frau KA Trube, ob ein Kauf der Anlage günstiger gewesen sei und wie hoch der Kaufpreis sei, führt Herr Hanheide aus, dass bei der Miete Serviceleistungen erbracht würden, die im Falle eines Kaufs durch den Kreis Mettmann selber hätten erfolgen müssen, weshalb ein Kauf nicht günstiger gewesen sei. Auch könne die Anlage jederzeit abgegeben werden. Wie hoch ein etwaiger Kaufpreis sei, müsse das Ergebnis einer Ausschreibung ergeben.

Im Weiteren erläutert Herr Hezel die Grundlagen der Geschwindigkeitsüberwachung im Baustellenbereich auf der Bundesautobahn A 3 und die Funktionsweise der Anlage anhand einer PowerPoint-Präsentation, die der Niederschrift als *Anlage 1* beigefügt ist.

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 6:	**Neuorganisation der Leitenden Notarztgruppe - Vorlage Nr. 32/016/2016**

Herr Hanheide legt dar, dass es dem Kreis Mettmann obliege, Leitende Notärzte vorzuhalten. Bisher sei dies durch einen Vertrag mit dem Klinikum Niederberg gewährleistet worden. Durch den Verkauf des Klinikums könne diese Leistung jedoch nicht mehr erbracht werden. Daher solle die Gruppe der Leitenden Notärzte nun über Honorarverträge direkt an die Kreisverwaltung angebunden werden. Dadurch würde grundsätzlich eine Ersparnis von ca. 45.000 € pro Jahr erzielt. Allerdings müsse ein weiteres Einsatzfahrzeug angeschafft werden.

Der Bericht der Verwaltung wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 7:	**Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann - Vorlage Nr. 32/017/2016**

Herr Hanheide erläutert, dass in diesem Jahr eine Senkung der Notarztgebühren vorgeschlagen werde, da ein Überschuss erwirtschaftet worden sei. Die Landesverbände der Krankenkassen sowie der Verband der Ersatzkassen e.V. in Nordrhein hätten der Gebührenkalkulation jedoch aufgrund der deutlichen Kostensteigerung für die Ärztliche Leitung Rettungsdienst nicht zugestimmt. Diese Kosten seien jedoch unumgänglich, da sie das Ergebnis einer Ausschreibung seien. Die Ablehnung der Krankenkassen sei jedoch auf diesen Punkt begrenzt gewesen und bleibe im Weiteren folgenlos.

Herr KA Switalski merkt an, dass die Steigerung der Notarzteinsätze auffällig sei. Herr Hanheide legt dar, dass die Steigerung verschiedene Gründe habe, unter anderem die Strukturen des Gesundheitssystems. Die erhöhten Einsatzzahlen würden die Notwendigkeit eines zusätzlichen Notarztstandortes sehr deutlich machen.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

1. Den Gebühren in Höhe von
   - 318,- € für den Einsatz eines Notarztes/ einer Notärztin,
   - 318,- € für den Einsatz eines Notarztes/ einer Notärztin bei der Verlegung eines Notfallpatienten/ einer Notfallpatientin und
   - 200,- € für den Einsatz eines Notarzteinsatzfahrzeuges

   wird unter Berücksichtigung der zu Grunde liegenden Gebührenkalkulation (*Anlage 2*) zugestimmt.

2. Die 10. Satzung zur Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann in der Fassung der *Anlage 3* wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8:	**Haushalt 2017** **- Vorlage Nr. 20/041/2016**

Herr Breitsprecher erläutert, dass der Haushalt im Bereich der Kennzahlen und Leistungsdaten umfänglicher geworden sei. Für jedes Produkt seien nun diesbezüglich Festlegungen getroffen. Anregungen können gegenüber Amt 20 gern geäußert werden.

Anschließend ruft der Vorsitzende die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz fallenden Produkte auf. Die Anträge der Verwaltung stehen bei den jeweiligen Produkten zur Beratung und Beschlussfassung an. Nach abschließender Aussprache schließt sich die Gesamtabstimmung über den Haushalt als Empfehlung für den Kreisausschuss und Kreistag an.

Die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz fallenden Produkte 01.11.01 (Rechtsberatung und –vertretung), 02.01.01 (Wahlen), 02.02.01 (Ordnungsangelegenheiten), 02.02.02 (Personenstands-, Namens- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), 02.02.03 (Bußgeldstelle), 02.03.01 (Aufenthaltsrechtliche Angelegenheiten), 02.04.01 (Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung), 02.04.02 (Chemische- und Lebensmitteluntersuchungen), 02.04.03 (Veterinärwesen), 02.05.01 (Verkehrssicherheit), 02.05.02 (Fahr- und Beförderungserlaubnisse), 02.05.03 (Zulassung von Fahrzeugen), 02.06.01 (Feuerschutz), 02.06.02 (Leitstelle), 02.07.01 (Allgemeiner Rettungsdienst), 02.07.02 (Notarztversorgung) und 02.08.02 (Aufgaben zur Krisenbewältigung) werden jeweils einstimmig angenommen. Das Produkt 02.08.01 (Katastrophenschutz) wird mit einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. ebenfalls einstimmig angenommen.

Produktbereich 02 (Sicherheit und Ordnung)
Produkte 01.11.01 bis 02.08.02

Produkt 02.02.03

Antrag der Verwaltung
Seite 512 Zeile 7 im Ergebnisplan

Zeile 7	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
HH-Ansatz in €	7.320.000	5.720.000	5.720.000	5.720.000				
Ansatz (neu) in €	8.820.000	8.820.000	5.720.000	5.720.000				
Differenz in €	1.500.000	3.100.000						

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 02.05.01

Antrag der Verwaltung
Seite 564 Zeile 13 im Ergebnisplan

Zeile 13	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
HH-Ansatz in €	276.000	220.650	222.650	220.650				
Ansatz (neu) in €	354.400	352.650	220.650	220.650				
Differenz in €	77.500	132.000						

Frau KA Trube erkundigt sich, ob die Zahl der Widersprüche gegen die Geschwindigkeitsüberwachung auf der Bundesautobahn A 3 unverändert hoch sei. Dies wird durch Frau König bestätigt. Es gebe bereits ca. 2.000 Einsprüche. Davon seien ca. 1.000 Verfahren noch anhängig.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 02.06.02

Antrag der Verwaltung
Seite 614 Zeilen 13, 14 im Ergebnisplan
Seite 616 Zeilen 12, 26 im Finanzplan

Zeile 13 / 12	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
HH-Ansatz in €	780.900	730.900	730.900	730.900	780.900	730.900	730.900	730.900
Ansatz (neu) in €	840.900	790.900	790.900	790.900	840.900	790.900	790.900	790.900
Differenz in €	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
Zeile 14 / 26	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
HH-Ansatz in €	267.000	263.150	249.200	228.000	155.300	155.000	55.000	2.055.000
Ansatz (neu) in €	274.350	270.500	256.550	235.350	265.300	155.000	55.000	2.055.000
Differenz in €	7.350	7.350	7.350	7.350	110.000			

Herrn Hanheide erläutert, dass es derzeit problematisch sei, mit dem vorhandenen Personal sämtliche Notrufe entgegenzunehmen und zu bearbeiten, wenn eine bestimmte Anzahl an eingehenden Anrufen überschritten werde. Das vorliegende Konzept sehe daher vor, Ausnahmeabfrageplätze bei Feuerwehren im Kreis einzurichten. Im Fall einer Großeinsatzlage oder Katastrophe könne sich die Leitstelle dann vollständig auf die Disposition der Notrufe konzentrieren. Ausnahmeabfrageplätze sollen zunächst in der Hauptfeuerwache in Ratingen eingerichtet werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 02.06.02

Antrag der Verwaltung
Seite 614 Zeilen 13, 14 im Ergebnisplan
Seite 616 Zeilen 12, 26 im Finanzplan

Zeile 13 / 12	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
HH-Ansatz in €	780.900	730.900	730.900	730.900	780.900	730.900	730.900	730.900
Ansatz (neu) in €	958.900	908.900	908.900	908.900	958.900	908.900	908.900	908.900
Differenz in €	178.000	178.000	178.000	178.000	178.000	178.000	178.000	178.000
Zeile 14 / 26	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
HH-Ansatz in €	267.000	263.150	249.200	228.000	155.300	155.000	55.000	2.055.000
Ansatz (neu) in €	291.000	287.150	273.200	252.000	515.300	155.000	55.000	2.055.000
Differenz in €	24.000	24.000	24.000	24.000	360.000			

Herr Hanheide teilt mit, dass die Stadt Velbert die Notrufabfrage zum nächstmöglichen Zeitpunkt auf die Kreisleitstelle aufschalten wolle. Die dadurch entstehenden Kostenerhöhungen würden in diesem Antrag dargestellt. Regelungen zur Kostentragung müssten im Detail noch getroffen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 02.07.02

Antrag der Verwaltung
Seite 636 Zeilen 2, 4, 13, 16 im Ergebnisplan
Seite 638 Zeilen 4, 12, 15 im Finanzplan

Zeile 2	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
HH-Ansatz in €	200.000							
Ansatz (neu) in €	350.000							
Differenz in €	150.000							
Zeile 4	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
HH-Ansatz in €	5.348.000	5.348.000	5.348.000	5.348.000	5.348.000	5.348.000	5.348.000	5.348.000
Ansatz (neu) in €	5.400.150	5.400.150	5.400.150	5.400.150	5.400.150	5.400.150	5.400.150	5.400.150
Differenz in €	52.150	52.150	52.150	52.150	52.150	52.150	52.150	52.150
Zeile 13 / 12	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
HH-Ansatz in €	4.726.500	4.947.500	4.985.950	5.025.100	4.726.500	4.947.500	4.985.950	5.025.100
Ansatz (neu) in €	4.991.050	5.073.200	5.111.650	5.150.800	4.991.050	5.073.200	5.111.650	5.150.800
Differenz in €	264.550	125.700	125.700	125.700	264.550	125.700	125.700	125.700
Zeile 16 15	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
HH-Ansatz in €	390.700	396.900	403.100	409.300	390.700	396.900	403.100	409.300
Ansatz (neu) in €	391.100	397.300	403.500	409.700	391.100	397.300	403.500	409.700
Differenz in €	400	400	400	400	400	400	400	400

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 02.08.01

Bezug nehmend auf die Problematik des belgischen Atomreaktors und die damit verbundene Beschaffung von Jodtabletten erkundigt sich Frau KA Hruschka, ob die Jodtabletten von der Bezirksregierung bereits an den Kreis Mettmann verteilt worden seien. Außerdem fragt sie, ob ein Katastrophenplan vorliege und haushaltsrechtliche Auswirkungen zu erwarten seien.
Herr Jarzombek führt aus, dass die Jodtabletten für die nächsten Tage angekündigt seien. In der Abteilung Bevölkerungsschutz werde derzeit ein Konzept zur Verteilung erarbeitet. Die Kosten würden vom Land übernommen.

GESAMTABSTIMMUNG

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2017 – soweit er in seinen Zuständigkeitsbereich fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Im Anschluss an die Haushaltsberatung wird die Sitzung um 16:16 Uhr für eine Minute unterbrochen, damit Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter die Sitzung verlassen können.

Zu Punkt 9:	**Teilfortschreibung des geltenden Rettungsdienstbedarfsplans im Hinblick auf die Notfallsanitäterausbildung - Vorlage Nr. 32/018/2016**

Herr Dr. Köster erläutert, dass bis 2026 die Möglichkeit bestehe, langjähriges, im Rettungsdienst eingesetztes und als Rettungsassistent ausgebildetes Personal durch Zusatzkurse und Ergänzungsprüfungen zu Notfallsanitätern weiterzubilden. Danach könne der Berufsabschluss als Notfallsanitäter nur noch durch die Regelausbildung erlangt werden.
Der Bedarf an Notfallsanitätern sei im Rettungsdienstbedarfsplan festzulegen. Die Kosten für die Aus- und Fortbildung könnten dann in die Gebührenkalkulation aufgenommen werden. Auf Wunsch der Städte werde der noch geltende Plan in einem vorgezogenen Verfahren ergänzt.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Die Teilfortschreibung des Bedarfsplans für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann wird in der als *Anlage 4* beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 10:	**Energieberatung - Anpassung der Vertragslaufzeit für die Beratungsstellen der Verbraucherzentrale NRW - Vorlage Nr. 39/004/2016**

Herr SB Merrath erkundigt sich, ob und in welchem Umfang das Angebot der Verbraucherzentrale angenommen werde und warum die Zustimmung der Stadt Ratingen erforderlich sei, nicht aber die der Stadt Langenfeld. Er bittet außerdem um Erläuterung der Betrauungsklausel.
Herr Hanheide teilt mit, dass zum Umfang, in dem das Angebot der Verbraucherzentrale NRW wahrgenommen werde, keine Zahlen genannt werden können, da die Aufgaben unmittelbar durch die Verbraucherzentrale NRW durchgeführt werden. Es werde aber ein jährlicher Bericht angefertigt, der bei Interesse eingesehen werden könne. Herr Hanheide legt im Weiteren die unterschiedlichen Vertragssituationen in Langenfeld und Ratingen dar. Die Stadt Langenfeld habe einen gemeinsamen Vertrag mit dem Kreis Mettmann und der Verbraucherzentrale NRW abgelehnt. Die Stadt Ratingen hingegen sei Vertragspartnerin, weshalb deren Zustimmung benötigt werde.
Die Betrauungsklausel sei aufgrund europa- und vergaberechtlicher Vorgaben erforderlich, da hier die Verbraucherzentrale NRW mit der Ausführung von Aufgaben der Daseinsvorsorge betraut werde.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Der Verlängerung der Vertragslaufzeiten für die Förderung der Energieberatung der Verbraucherzentrale NRW in den Beratungsstellen Langenfeld und Ratingen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 11: Nachträge

Keine.

Die Nichtöffentlichkeit der Sitzung wird hergestellt.

Nicht öffentlicher Teil

[…]

Ende der Sitzung: 16:29 Uhr

gez.
Udo Switalski

gez.
Cornelia Brinkhoff